

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche
6. Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 27.06.2022
im großen Sitzungssaal, Neues Rathaus**

Beginn: 16:02 Uhr

Ende: 18:27 Uhr

ANWESEND:

- VORSITZENDER -

Dr. Christian Moser

- MITGLIEDER -

Wolf-Günther Bergs

Thomas Gunter Bielmeier

Karl-Heinz Gollwitzer

Prof. Dr. Johannes Grabmeier

Thomas Hartmann

Franz Xaver Heigl

Christian Heilmann-Tröster

Friedrich Helber

Peter Högn

Josef Kandler

Christian Kilger

Johannes Krenn

Paul Linsmaier

Markus Mühlbauer

Alfred Ortman

Corinna Ortman

Andreas Oswald

Günther Pammer

abw. von 16:45 Uhr bis 17:51 Uhr

Konrad Rankl

Tim Rothenwöhrer

Harald Schiller

Dr. Ila Schnabel

Alois Schraufstetter

ab 16:18 Uhr

Karl Heinz Stallinger

Karl Stern

Leopold Till

Ewald Tremel

Sophia Tröster

Margret Tuchen

bis 18:30 Uhr

Renate Wasmeier
Peter Weinbeck
Cornelia Wohlhüter
Cem Yasinoglu

- SCHRIFTFÜHRERIN -

Stefanie Fink

- VERWALTUNGSREFERENTEN -

Klaus Busch	bis 18:20 Uhr
Andreas Höhn	ab 16:23 Uhr
Hartmut Krause	bis 17:45 Uhr
Johann Maier	
Christoph Strasser	
Bernhard Weeber	

- GÄSTE -

Stefan Gabriel	Deggendorfer Zeitung
Peter Kallus	Donau-Anzeiger; bis 17:45 Uhr

ABWESEND:

- MITGLIEDER -

Oliver Antretter	entschuldigt
Anton Holler	entschuldigt
Nermin Jenetzke	entschuldigt
Yvonne Pletl-Schäfer	entschuldigt
Hela Schandelmaier	entschuldigt
Prof. Dr. med. Peter Schandelmaier	entschuldigt
Dr. med. Ute von Eichhorn	entschuldigt

TAGESORDNUNG:

1. Bekanntgaben
2. Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil der Sitzung des Stadtrates am 30.05.2022
3. Beauftragung von Leistungen im Rahmen der Bauleitplanung;
Billigung des Vorvertrages
Abteilung IV
4. "Grün statt Steinwüsten";
Erlass einer örtlichen Bauvorschrift durch Satzung zum Verbot von Stein- bzw. Schottergärten;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.02.2021
Abteilung IV
5. Sonderfonds "Innenstädte beleben"
Maßnahmenbeschlüsse
Abteilung IV
6. BAB A 3 Nürnberg Passau: 6-streifiger Ausbau zwischen dem AK Deggendorf und der AS Hengersberg; Stellungnahme der Stadt Deggendorf Im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur Planfeststellung
Abteilung IV
7. Energieeinsparplan jetzt;
Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.06.2022
Abteilung IV
8. Anfragen

TOP 1 Gegenstand:
 Bekanntgaben

Der Vorsitzende erwähnt, dass der per E-Mail nachgemeldete und heute aufgelegte TOP Nr. 7 (Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN i. S. Energieeinsparplan) einen Tippfehler in der Beschlussvorlage aufweist, es muss dort „öffentlich“ statt „nicht öffentlich“ heißen. Nachdem die Ergänzung der Tagesordnung bislang nur per Email bekannt gegeben wurde, fragt Herr Oberbürgermeister, ob es Einwände gegen die Behandlung des zusätzlichen Tagesordnungspunktes gibt. Dies ist nicht der Fall.

Der Vorsitzende informiert, dass die Presse Fotos machen möchte. Auch hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Folgende Stadträte sind für die heutige Sitzung entschuldigt:

- Oliver Antretter
- Anton Holler
- Nermin Jenetzke
- Yvonne Pletl-Schäfer
- Hela Schandelmaier
- Prof. Dr. Peter Schandelmaier
- Dr. Ute von Eichhorn

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung per Tonband aufgenommen und die Anwesenheit im Protokoll erfasst wird.

Aufgelegt wird folgendes:

- Infoschreiben Bayerischer Städtetag Mai/2022
- Textausgabe Bayerischer Gemeindetag: Juni/2022
- Flyer Donaufest 2023

Nachträglich zum Geburtstag gratuliert der Vorsitzende:

- | | | |
|-----------------------|------------|-----------------|
| - Corinna Ortmann | 13.06.1966 | |
| - Peter Schandelmaier | 17.06.1962 | 60. Geburtstag! |
| - Günther Pammer | 22.06.1946 | |
| - Konrad Rankl | 23.06.1956 | |
| - Peter Högn | 26.06.1970 | |

TOP 2 Gegenstand:
Genehmigung der Niederschrift öffentlicher Teil der Sitzung des Stadtrates am
30.05.2022

Die Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung wurde den Stadtratsmitgliedern mit Ladung zur heutigen Sitzung in das Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme bereitgestellt. Einwendungen wurden auf Nachfrage des Vorsitzenden nicht erhoben.

TOP 3 Gegenstand:
Beauftragung von Leistungen im Rahmen der Bauleitplanung;
Billigung des Vorvertrages

Der Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Krause weiter, der die Thematik vorstellt. Verwiesen wird auch auf einen Fehler in der Anlage zur Beschlussvorlage. In § 5 Abs. 2 des beigefügten Vertrages muss der angegebene Prozentwert 20 statt 30 lauten. Dies entspricht der hierzu erfolgten Beschlussfassung im Bauausschuss.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Grabmeier: wir sehen alles ganz anders / letzten Herbst Verfahrensgrundsätze beschlossen um soziale Ziele bei der Bauleitplanung zu berücksichtigen / Planungsbegünstigte werden dabei mit den Kosten der Bauleitplanung mittels des Instruments der städtebaulichen Verträge belastet / erfolgen nicht ohne erhebliche Bodenwertsteigerungen / geht eigentlich um soziale Infrastrukturmaßnahmen bei Flächen von mehr als 5.000 m² / bei Flächen von mehr als 1.000 m² bekommen Planungsbegünstigte die Auflage von uns mindestens 20 % der geförderten Fläche sozialen Wohnungsbau zu errichten / nach diesen Auflagen wurde für Deggendorf ein richtungsweisender Beschluss gefasst / verweist auf ein Zitat aus § 1 Abs. 5 des Baugesetzbuches / erinnert an gescheitertes Modell „Mietpreisbremse“ / auch wurde beschlossen, dass die Stadt Deggendorf festlegt, ob die hoheitliche Bauleitplanung vom Bauträger selbst in Auftrag gegeben werden darf / hat es so verstanden, dass hier durch Beschlussfassung entschieden wird / erinnert an Herr Oberbürgermeister, dieser ließ sich vom Stadtrat überzeugen, dass es nicht immer gut gehen muss, wenn ein und der selbe Planer die privaten Interessen des Bauträgers und das öffentliche Interesse für die Stadt vertritt / für uns kommt nur öffentliches Interesse in Frage / bei dieser Konstellation steht öffentliches Interesse nicht immer im Mittelpunkt / jahrelange Interessenkonflikte im Stadtrat / Prof. Dr. Grabmeier und Dr. Meiski haben immer wieder auf Problematik hingewiesen, Architekten des Bauherren sollen keine Bebauungspläne mehr erarbeiten / verweist auf ein Interview mit Herrn Oberbürgermeister aus dem Jahr 2018 / Stadträte aus Fraktionen haben Bauchweh, wenn die Büros gleichzeitig für uns und für Auftraggeber arbeiten / Herr Oberbürgermeister hat wohl eine Gesinnungsänderung gehabt / appelliert an den Stadtrat, dass es keinen Grund gäbe, sich heute selbst den Kompetenzen berauben zu lassen / für definierende

Planungsziele ist dann in Punkt 2 die Entscheidung des Bauausschusses notwendig / Hauptteil der Beschlussvorlage befasst sich mit angeblichen Nachteilen der Vergabe, ebenso hebt es Planungsleistungen hervor und redet Nachteile klein / zitiert einen Kommentar zum Baugesetzbuch / Interessenskonflikt zwischen privatem Interesse des Bauträgers und öffentlichem Interesse der Stadt kann nicht wegdiskutiert werden / in der Bauverwaltung ohnehin eine Abwägerstelle mit Herrn Kellner geschaffen / Abwägungsvorschläge aufgrund Einsprüchen von Bürgern müssen gemeinsam mit bauleitenden Architekten entwickelt werden / möchte hiermit der Bauabteilung nichts Negatives unterstellen / aber Verwaltung redet von Theorie und wir reden von der Praxis / Architekt muss erst mal sagen, was man mit Einwilligung machen kann, dieser hat aber Interessenskonflikt / wäre unverantwortlich, wenn Abwägungsvorschlag alleine auf einer Person, hier Herrn Kellner lastet / Herr Oberbürgermeister soll den erneuten Kurswechsel für diese Agenda begründen / zukünftig müsse man auf die Ankündigungen des Herrn Oberbürgermeister hinweisen, die nicht nachhaltig und ernst zu nehmen sind / solche Änderungen sind der Sitzungsvorlage nicht zu entnehmen / hat Eindruck, dass Autorin den Auftrag hatte, möglichst viele Nachteile in den Vordergrund zu rücken / wird so vermittelt, als ob nie der Architekt, sondern Stadtrat hoheitlichen Beschluss fasst / jahrelanges Problem / Abwägungsvorschläge der Architekten wurden immer von der CSU-Mehrheit abgesegnet / habe es noch nicht erlebt, dass der Stadtrat anders als vorgelegt, abgewogen hätte / spricht von rechtlichen Eingriff in die Berufsfreiheit der Planer / wir machen Aufstellung für die Bauträger, die Kosten zu übernehmen, nicht an den Planer / Argument mit USt, die die Stadt dem Bauträger nicht in Rechnung stellen kann / bei Vorsteuerabzug kann dies nicht berücksichtigt werden / geforderte Mieten werden ggf. höher sein / in der Vorbesprechung: laut Hr. Krause keine Informationen dazu, wie Bauträger dies handhaben / Bauträger wird unabhängig von Steuerabzug so oder so das maximale herausholen, somit geht auch dieses Argument in die Leere / fordert Verwaltung auf, noch weitere Lösungen für die genannten Nachteile zu entwickeln / seines Wissens sind aufwendige VgV-Verfahren bei Planungsleistungen nicht erforderlich / nächster Aspekt waren Haushaltsmittel, hier könne man erst mal genügend in den Haushalt einstellen / bei unvorhersehbaren Kosten ist umschichten oder umlagern auch eine Möglichkeit, hier falle doch Herrn Sterr etwas Geeignetes ein / war lt. Herrn Krause noch nie der Fall, dass ein Bauträger in Konkurs geht / bittet alle, die 2018 Bauchschmerzen hatten, gemeinsam mit uns, den Beschlussvorschlag abzulehnen – Herr Oberbürgermeister: bedankt sich für die Ausführungen / es ist eher andersrum, wir sprechen von Praxis und Sie sprechen von der Theorie / wir wissen von was wir sprechen, Abwägungen werden ja in der Verwaltung getätigt / bezieht sich auf Jahresinterview / es muss einem die Gabe gegeben sein, dass man sich weiterentwickelt / wenn es nicht so umsetzbar ist / findet es schade, dass Herrn Prof. Dr. Grabmeier das Recht der Berufsfreiheit nicht bekannt ist / grundsätzlich könne man aber nicht jemandem verbieten, etwas zu machen, weil er in einem anderen Verfahren etwas gemacht habe / gegen Grundrechte mache ich keinen Verstoß / Bedenken wurde durch die Schaffung der Abwägerstelle begegnet / seit dieser Stelle kein Problem mehr bekannt gewesen / von keinem Stadtrat wurde mehr was kritisiert / Hr. Kellner wurde immer gelobt für die Ausführungen / das ist Praxis / im Bauausschuss dieses Thema vordiskutiert / Rechte Stadtrat nicht beschnitten / durch Abwägerstelle ist es möglich, neutral zu arbeiten / gute Lösung geschaffen, deutlich einen Schritt weiter, um effizient aber auch neutral arbeiten zu können / damit Gremium Entscheidungen treffen kann / ist in Ordnung, wenn Prof. Dr. Grabmeier die einzelnen Argumente nicht akzeptiert / die Praxisvariante wie hier

vorgeschlagen, ist nachvollziehbar / bittet hiermit um Unterstützung – Herr Krause: erinnert sich an Wortwahl „Investor beauftragt hoheitliche Bauleitplanung“ / vermittelt falschen Eindruck / Planung hat keinerlei hoheitlichen Charakter / kein Investor, keine Bauverwaltung kann eine hoheitliche Bauleitplanung in Auftrag geben / erst durch Beschluss wird dies hoheitlich / auf Stadtratsvorbesprechung bezogen: nicht bekannt, wie und in welchem Umfang reduzierte Planungskosten weitergeben werden / aus mathematischen Gründen ist eine Erhöhung um 19 % der Planungskosten unumstritten / kann man nicht wegdiskutieren / bei dieser Frage hat man sich auch mit anderen Städten verglichen / Haushaltsmittel flexibel einsetzen und umschichten schon eine mögliche Variante, aber eine kompliziertere / genau dieses Modell kann man auch bei anderen Städten finden / in der Praxis gehen Initiativen meist von Privaten aus, Stadt und Gremium haben aber immer das letzte Wort / an keiner Stelle eine Gefahr gegeben / Investor hat bei dieser Handhabung keinen Einfluss auf diese Entscheidung.

Herr Stadtrat Linsmaier: scheint so, dass manche Menschen Probleme suchen anstatt sie zu lösen / Interessen vertreten wir / zuerst Aufstellungsbeschluss im Bauausschuss, als erstes entscheiden wir / Entwicklung somit bei uns / gilt für Verfahren, Bodennutzung usw. / wir entscheiden, nicht die Architekten / als nächstes Interessen der Bürger, Stadt usw. / Abwägerstelle mit einem Beamten bestmöglichst besetzt, der objektiv die Interessen der Bürger und Stadt aufbereitet / hier entscheidet ebenso kein Architekt, macht der Bauausschuss oder die Stadt / die Wahrnehmung ist entscheidend / muss Krause zustimmen, man hat in den Ausschüssen die Spielplätze für die Bebauungspläne gemeinsam miteingezeichnet / sogar unter Beisein eines Architekten / Höhen beispielsweise geändert, Dachformen, usw. – das waren wir als Stadträte / es werden keine Kompetenzen an Architekten im Hinterzimmer abgegeben, wäre vorsichtig, das zu behaupten – Herr Stadtrat Prof. Dr. Grabmeier: habe ich nicht behauptet – Herr Stadtrat Linsmaier: bezieht sich auf Beschluss Nr. 2 / steht genau, dass wir entscheiden, Planungsziele neu zu definieren / Planer sind gezwungen Vorgaben mit aufzunehmen / wer den Plan zeichnet ist gleichgültig, aber es ist unsere ureigene Kompetenz, die das entscheidet / versteht die Aufregung nicht / unproblematisch kann man dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Stadtrat Gollwitzer: bezieht sich auf Vorberatung im Bauausschuss am 25.05.2022 / sein persönliches Abstimmungsverhalten nochmal aufgreifen / mit eigenem Kommentar damals zugestimmt / mit Berufskollegen habe er sich mittlerweile nochmal ausführlich besprochen / wird jetzt Beschlussvorschlag nicht mehr zustimmen / Abwägerstelle empfindet er mit Herrn Kellner als äußerst positiv / bei der anderen Vorgehensweise wurden ihm die „Bauchschmerzen“ von denen heute gesprochen wird, nicht genommen.

Herr Stadtrat Heilmann-Tröster: schwieriges Thema / hat volles Vertrauen zur Verwaltung / nachvollziehbar, dass Verwaltung so ökonomisch wie möglich arbeiten möchte / dem Stadtrat geht es nicht nur um Verwaltungsökonomie, sondern auch um Außendarstellung / war der Grund über Jahre für Bauchweh / ein Architekt, der für zwei verschiedene Seiten arbeitet, ist ein Problem / nochmal auf Zitat hinweisen, das heute schon gefallen ist, „ich werde um unnötige Diskussionen zu vermeiden, eine Trennung von Architekturbüros, die den Bebauungsplan aufstellen und die, die Gebäude für die Bauherren planen, vornehmen“ / somit Thema vom Tisch / es ist richtig, was Herr Krause gesagt hat, formalrechtlich gab es

keinen Beschluss / unverständlich, warum jetzt ein Fass aufgemacht werden muss / verweist auf § 4 des Vertrags / gravierende Sachen müssten da sein, dass man Zustimmung verweigert / Zustimmung ist immer nur Formsache / derjenige, der Bebauungspläne macht ist immer der gleiche, so wird es zukünftig sein / Abwägungsstelle hin oder her, gute Sache, aber gleiches Dilemma wie vor 5-6 Jahren / müsste man nicht so machen, deswegen auch dagegen stimmen – Herr Krause: wenn Stadt als alleiniger Auftraggeber agiert, dann unterliegen wir den öffentlichen Vergabevorschriften / das ist eben nicht so, dass man als Verwaltung entscheiden kann, wer einem am besten gefällt / wenn beispielsweise die Beachtung der Auftragssumme verglichen wird, und dann der Günstigste auch der Wunschkandidat des Bauherren ist, dann wird es dieser / der Satz „Zustimmung darf nicht unbillig verweigert werden“ ist nicht mehr als ein allgemeiner Rechtsgrundsatz / Eindruck, wenn dem nicht so wäre, dann kann man frei entscheiden, ist nicht richtig, weil die Vergabevorschriften zu beachten sind – Herr Oberbürgermeister: möchte nochmal ergänzen / er hat das so gesagt, aber auch dann feststellen müssen, wenn man in die Umsetzung gehen möchte, dass das Recht dagegen steht / Problem durchaus verstanden / über rechtliche Schranken, kann man sich nicht hinwegsetzen / wer glaubt, sowas umgehen zu können, spricht wieder von der Theorie / wer am Ende den Plan bei der Stadt einreicht, hat keiner in der Hand / böse Unterstellungen / man kann niemanden untersagen, wenn er Bebauungsplan macht, dass er dann die Ausführungsplanung nicht auch machen darf / habe ich selbst nach Interview feststellen müssen / somit ergab sich die Stelle des Abwägers - Herr Maier: die Diskussion, die hier geführt wird ist keine Deggendorfer, sondern eine allgemeine Diskussion / Frage hat sich Gesetzgeber gestellt bei Gesetzgebungsverfahren / sonst hätte er nicht Möglichkeit geschaffen, dass Kommunen, die die Planungshoheit haben, den Weg der Beauftragung bzw. die Abgabe der Planungen über städtebauliche Verträge machen / Gesetzgeber ist klar gewesen, dass es unterschiedliche Interessen geben könnte / beispielsweise solle man Wohnraum schaffen / so schnell kann niemand handeln, wie Privatinvestor / wir sind an vergaberechtliche Dinge gebunden, entsprechende Fristen, usw. / egal ob europaweit oder niedriger / es sind Vergabeverfahren, die jederzeit von einem Architekten angezweifelt werden können / man müsse auch Nachprüfungsverfahren machen, was monatelang dauert, dies sollte man auch berücksichtigen / Forderung nach Bauland, Wohnungen wird durch so etwas massiv eingeschränkt / Privatwirtschaft kann wesentlich schneller handeln / i. S. Entschlackung Baurecht, hier ist der Gesetzgeber in den letzten Jahren auf jede dieser Forderungen eingegangen / schnelles Bauland schaffen, mit allen Einflussmöglichkeiten, dann kann es nur so laufen, wie es von der Verwaltung vorgeschlagen wurde, sonst benötigt man auch noch mehr Personal / Abwägerstelle bereits Personalmehrung / bei Beauftragung von Architekten und möglichen Vergabeverfahren ebenso wieder neues Personal erforderlich / was aber Schnelligkeit, Qualität und Preise nicht verbessert.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Grabmeier: stimmt Herrn Maier zu, man muss sich entscheiden, aber ich entscheide mich anders / sieht das Problem anders / Theorie und Praxis wird im Mund umgedreht / Herr Krause stellt theoretische ideale Welt vor / in der Praxis ist das was die Verwaltung macht aber alles verwoben / das Zitat war nicht auf Gutachter bezogen, die etwas falsch machen, sondern nur dass es eben Probleme gibt / Fragen am Anfang werden schon falsch gestellt / somit muss man dann nacharbeiten / wir sind die ersten die das aufs Tablett bringen.

Herr Stadtrat Stallinger: SPD hat in Vorberatungen eingehend beraten / stimmt Herrn Oberbürgermeister, Herrn Maier und Herrn Krause zu / Stadtrat hält bis zur letzten Sekunde das Heft in der Hand / wir entscheiden, die Argumente von Verwaltung sind nicht zu widerlegen / kann Misstrauen nicht nachvollziehen / bei der Qualität der Abwägetabellen in der Vergangenheit hat man nicht den Eindruck, dass man sich hier über den Tisch ziehen lässt / Kollegen und er können hier nur zustimmen.

Herr Stadtrat Bergs: schwierige Sache / Abwägerstelle / bezieht sich auf eine Textpassage auf Seite 4 / fragt nach, ob es jetzt schon eine Stelle gibt oder nicht / Formulierung ist für ihn unklar / Idee mit der Abwägerstelle findet er gut / wenn das eine einzelne Person ist, Vorhaben von vielen Millionen Euro ist hohe Verantwortung, wenn man da eine Entscheidung treffen kann / allgemeine Bemerkung am Rande – Herr Oberbürgermeister: bestätigt, dass eine Abwägerstelle im Stellenplan geschaffen wurde / besetzt mit Herrn Kellner, gehobener Beamter / Sachgebiet von Herrn Krause zugeordnet – Herr Stadtrat Bergs: Warum ist diese Stelle nicht in der Beschlussvorlage enthalten? – Herr Oberbürgermeister: Stelle ist im Stellenplan verankert / muss man nicht 3-mal beschließen / allen im Gremium bekannt – Herr Stadtrat Bergs: wenn alles sinnvoll klingt, dann ist das ja die Lösung.

Herr Stadtrat Tremml: keiner muss Bauchschmerzen haben, wenn man das so beschließt / Stadt hat Planungshoheit, das ist unbestritten / das Heft des Handelns ist von der ersten bis zur letzten Minute in der Hand der Gremien / Entscheidung immer bei uns / Planungsziele werden durch die Stadt vorgegeben, nicht durch einen Investor / jeder Planungsschritt bleibt Entscheidung der Gremien / ob bei Planungskosten Steuer hinzukommt spielt eine Rolle / betriebswirtschaftlich denken wird ein Unternehmer schon / hat positive Wirkung / Stadt nicht flexibel wie Privater / Flexibilität nehmen wir uns / wenn ich Heft des Handelns von Anfang an in der Hand halte, ändert sich nichts daran / Verfahren kann man einstellen / Bauchschmerzen versteht er nicht / aus praxisgerechten Gründen werden wir dem Vorschlag zustimmen.

Mit Änderung der Ziffer 3 lässt der Vorsitzende über die Beschlussvorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: abweichend vom Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: 23

Nein-Stimmen: 9

Gesamt: 32

1. Entsprechend dem Grundsatzbeschluss des Deggendorfer Stadtrates vom 27.09.2021 zur sozialgerechten Bodennutzung legt die Stadtverwaltung im Rahmen der Bauleitplanung jeweils durch städtebaulichen Vertrag fest, ob die entsprechenden Leistungen durch den Planungsbegünstigten selbst beauftragt werden können, oder ob eine Beauftragung durch die Stadt Deggendorf auf Grundlage einer Kostenübernahmeerklärung des Planungsbegünstigten erfolgt.
2. Die Stadt behält sich vor, eigene Planungsziele neu zu definieren, wenn sich dies im Laufe des Planverfahrens als erforderlich herausstellt. Diese Änderungen sind zwingend in die Planunterlagen aufzunehmen. Die Kosten eventueller Planänderungen trägt der / die

Planungsbegünstigte. Die Stadt ist darüber hinaus berechtigt, dem Planungsbüro Weisungen zu erteilen, soweit dies für eine sachgerechte Ausarbeitung der Planung erforderlich ist.

3. *Der beiliegende Mustervertrag wird mit der Maßgabe gebilligt, dass es in § 5 Abs. 2 „20 % der entstehenden Geschossfläche“ lauten muss.*

TOP 4 Gegenstand:
 "Grün statt Steinwüsten";
 Erlass einer örtlichen Bauvorschrift durch Satzung zum Verbot von Stein- bzw. Schottergärten;
 Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.02.2021

Herr Krause erläutert die Beschlussvorlage aus Sicht der Bauverwaltung.

Herr Stadtrat Heilmann-Tröster: wenn man will dann macht man es, wenn man nicht will macht man es nicht / die Stadtverwaltung will nicht / Gegenargumente werden gebracht / die Grünen wollen es / Argumente die dafür sprechen werden aufgezeigt / Verweis auf Vorlage Seite 4 unten / Änderung der BayBO / Anfrage des bayerischen LT bzw. Landtagspräsidentin / wie viele Gemeinden haben dies umgesetzt? / Stand September 2021 / 32 Gemeinden / jetzt erst ein halbes Jahr später / Änderung muss sich erst setzen / Anträge müssen eingehen / Stand jetzt ein anderer als 32 – Herr Stadtrat Bielmeier: will aktuellen Stand wissen – Herr Stadtrat Heilmann-Tröster: keinen Überblick über alle Anträge / aber informiert sich auf Wunsch über aktuellen Stand / definitiv deutlich mehr / nicht nur große Städte / Aufzählung von kleineren Städten / verweist nochmals die Auszüge aus den Fachmagazinen / nimmt Bezug auf den Artikel aus Erlangen / nur Negatives wurde daraus vorgetragen / Zitate aus dem Fachmagazin bzw. Erfahrungen aus Erlangen sind nicht nur schlecht / Anfrage der Grünen im Erlanger Bau- und Werkausschuss vom 13.04.2022 / Zitat der Antwort der Verwaltung in Erlangen / gezeigte Satzung aus Würzburg sehr umfangreich / Regensburg ähnlich umfangreich / Satzung der Gemeinde Poing nur zwei Seiten / Aufzählung anderer Satzungen mit zwei Seiten / kein bürokratisches Monster, dass man nicht in den Griff bekommen könnte / Städte machen Angebote für Rückbau von Schottergärten, doch die Menschen nutzen diese nicht / braucht gesetzliche Regelung / Anreize alleine nutzen nicht / in Baden-Württemberg ist die Anfrage nach Schottergärten bei Gartenbaubetrieben gleich null / sind dort verboten / Schottergärten auch in Bremen verboten / kann wie Verwaltung gesehen werden / Verwaltung sieht es nur als Aufwand / Grüne sehen es als kleinen Aufwand der nötig ist / andere Städte haben sich auch etwas dabei gedacht – Herr Oberbürgermeister: Argumente wurden gehört / ist es überhaupt noch ein Problem? / Schottergärten eher nicht mehr modern / keine Neuentstehungen / größter Schottergarten war Friedhof / Friedhöfe jetzt begrünt / dafür war keine Satzung nötig – Herr Stadtrat Heilmann-Tröster: Stadt muss mit gutem Beispiel voran gehen – Herr Oberbürgermeister: alles wird in Frage gestellt / wir machen es trotzdem / neutrale Betrachtung / wo sind noch Schottergärten? / Schottergärten werden zurückgebaut / kein

akuter Grund für eine Satzung / verschiedene Betrachtungsweisen sind möglich / Stadt hat Argumente gegen Satzung gebracht.

Herr Stadtrat Linsmaier: froh, dass nicht mehr Gemeinden solche Satzungen haben / gleiche Meinung wie OB / keine Steinwüsten in Siedlungen, die geregelt werden müssten / Drang Probleme zu suchen, bei manchen sehr ausgeprägt / Bürgern etwas verbieten sei sehr reizvoll / dies ist nicht zielführend / kein Problem in Deggendorf ersichtlich / keine Bevormundung der Bürger / leben und leben lassen / Trenderscheinung Schottergarten ist vorbei / Kollege Hartmann verkauft Blumen keine Steine.

Frau Stadträtin Wohlhüter: möchte sich kurz halten / großer Freund naturnaher Gärten / älteren Leuten ist die Arbeit im Garten zu viel / vereinzelt werden Garagenzufahrten zu Schottergärten / nur sehr wenige / weniger als fünf in Deggendorf / man kann Flächen auch pflastern / in dem Fall ist die Satzung dann nutzlos.

Stadtrat Heilmann-Tröster: nicht so leicht wie Frau Wohlhüter meint / unbebaute Flächen sind nicht zu versiegeln / dann könnte man Flächen gleich teeren / nimmt an, Kollege Hartmann hat Gartenbaubetrieb und verkauft nicht nur Blumen / Hinweis auf Bundesbaugesetzbuch / § 1a Satz 2 / Zitat des Paragraphen / Hebel für Nichtzulassung der Schottergärten / Zitat Süddeutsche Zeitung vom 18.04.2021 / Artikel mit Titel „Schottergärten sind Schwarzbauten“ / Begrünungsgebot / Satzung als rechtliche Klarstellung / auch wenn alles abgelehnt wird sind Schottergärten trotzdem verboten – Herr Strasser: bitte Begriffe nicht durcheinander bringen / versiegeln ist das eine und begrünen ist das andere / hat selbst geschotterte Fläche / trotzdem ist die Fläche nicht versiegelt / Wasser fließt reibungslos ab / Zitate beziehen sich auf Bauleitplanung / am Ende eine gestalterische Frage / Festsetzungen in Bebauungsplänen werden immer geprüft / Durchsetzen von vorgegebenen Maßnahmen z. B. bestimmte Baumart oft schwierig / Satzung wäre Bürokratie, die am Ende nutzlos ist / Fahren momentan gut / enger Kontakt zu Bauwerbern / gute Qualität des Ortsbildes.

Herr Stadtrat Stallinger: ziemliche Einigkeit in der Betrachtung der Sache / viele gute ökologische Argumente gegen Schottergärten / kein Problem in Deggendorf / keine Notwendigkeit zur Aufnahme ins Ortsrecht / Verweis auf Blautannen in den 70er Jahren / Schottergärten sind kurzlebiger Trend / neigt sich dem Ende zu / nicht nur nützlich sondern ökologisch nachteilig / Schottergärten werden eher geächtet.

Herr Stadtrat Prof. Dr. Grabmeier: verweist auf Beschluss des Klimaschutzpaketes im Dezember / Maßnahme ME2 nachhaltige Bauleitplanung / kleine Idee zur Satzung über Schottergärten wird eingebracht / Verwaltung empfiehlt das abzulehnen / wenn man ernst genommen werden will, kann man nicht aufgrund vorgeschobener Problematik inkonsequent handeln / laut Vorlage kann man Satzung nicht mit Klimaschutz begründen / mehr Kreativität von Stadtverwaltung gefordert / Bauvorschrift ausweiten / Beispiel Holzlager in der Rusestraße / Satzung im Nebeneffekt gut für Klimaschutz / darum nicht angreifbar / Normenkontrollprüfung gelassen entgegen sehen / Orientierung an den Satzungen von Herrn Heilmann-Tröster / Vorschlag für den Fall einer Ablehnung des Antrages der Grünen / zunächst Antrag der Grünen ablehnen / nicht weil dagegen, sondern Begründung evtl. falsch / Bitte um getrennte Abstimmung / Punkt 2 wird ersetzt durch weitergehenden Antrag: „Eine

Freiflächengestaltungssatzung nach Art. 81 Abs. 1 Nr. 5 BayBO, die aus gestalterischen Gründen ein Verbot von Schottergärten und das Verbot Vorgärten als Arbeitsflächen und Lagerflächen beinhaltet wird erlassen. Die Verwaltung wird beauftragt dazu eine Beschlussvorlage vorzulegen“ / bittet um getrennte Abstimmung – Herr Oberbürgermeister: findet es schade, dass viel nicht verstanden wird – Herr Stadtrat Prof. Dr. Grabmaier: Handeln kann man nicht verstehen – Herr Oberbürgermeister: unbefriedigendes Gefühl des Nichtverstehens / es tut ihm leid / Versuch es vorzustellen / Antrag über den abgestimmt werden soll.

Herr Stadtrat Bergs: hauptsächlich geht es darum, dass Flächen nicht versiegelt werden sollen / dies sollte festgehalten werden / Regenwasser muss absickern können, sonst Gefahr vor Hochwasser / Verweis auf Bauvorhaben Erl in Mietraching / Wiederabgeben von Wasser ist nicht überall möglich / Wasser soll in Grundwasser absickern können / Regelung dazu, keinerlei Flächen zu versiegeln.

Herr Stadtrat Tremml: Problem der Flächenversiegelung wird bei der Aufstellung des Bebauungsplans beachtet / Schottergärten gefallen nicht / Steingärten schon / Steingärten im herkömmlichen Sinn sind der Natur und der Flächenversiegelung nicht abträglich / deshalb keine Zustimmung zum Antrag / kein Problem der Schottergärten in Deggendorf gegeben / Satzung enthält Eingriff in die Freiheiten der Bürger / ist Satzung wirklich erforderlich ? / wäre damaliger Beschluss im Bauausschuss damit abgehandelt? / formalrechtliche Begründung des Beschlussvorschlages nicht nachvollziehbar / will Thema nicht vertiefen / lange E-Mail von Herrn Krause / Mail in CC auch an Herrn Heilmann-Tröster / auch ohne Satzung muss es möglich sein Orte zu schaffen, die Artenvielfalt fördern und das Stadtklima zu verbessern / auch Gründe der Ortsgestaltung / keine Erfordernis für Freiflächengestaltungssatzung.

Herr Stadtrat Bergs: Bezugnahme auf Herrn Tremml / angeblich kein vordringliches Problem / Beginn auf Bundesebene vor 16 Jahren / Zeitpunkt kommt, dass Problem vordringlich wird / Windräder wurden nicht gebaut / jetzt großes Problem / man muss alles rechtzeitig angehen / Bezug auf Thematik der Öl- und Gasverbrennung / wenn man kann, soll man es machen.

Der Vorsitzende wiederholt inhaltlich den in Nr. 2 auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Grabmaier geänderten Beschlusstext und lässt darüber abstimmen.

1. Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: abweichend vom Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: 26

Nein-Stimmen: 8

Gesamt: 34

2. *Eine Freiflächengestaltungssatzung nach Art. 81 Abs. 1 Nr. 5 BayBO, die aus gestalterischen Gründen ein Verbot von Schottergärten und das Verbot Vorgärten als Arbeitsflächen und*

Lagerflächen beinhaltet wird erlassen. Die Verwaltung wird beauftragt dazu eine Beschlussvorlage vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: abweichend vom Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: 8

Nein-Stimmen: 26

Gesamt: 34

TOP 5 Gegenstand:
Sonderfonds "Innenstädte beleben"
Maßnahmenbeschlüsse

Herr Dr. Moser leitet in das Thema ein. Aus förderrechtlichen Gründen ist für die Maßnahme auch eine Beschlussfassung des Stadtrates erforderlich.

Herr Stadtrat Till: kann der versenkbare Poller aus der Vorlage entfernt werden? – Herr Oberbürgermeister: Poller ist Thema / viele fahren beim Pustet geradeaus weiter / mit Poller können sie nicht weiterfahren / Einzelabstimmung über jede Maßnahme wäre auch möglich / nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis: laut Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: 32

Nein-Stimmen: 0

Gesamt: 32

Im Rahmen des Förderprogramms „Innenstädte beleben“ werden folgende Einzelmaßnahmen umgesetzt: Stadtmöblierung Luitpoldplatz und Veilchengasse; Versenkbarer Poller, Wegweiserstelen; mobiles Schaufenster; ergänzende Weihnachtsbeleuchtung, Beschallungsanlage und LED-Leinwand.

Die Finanzierung erfolgt über den aktuellen Vermögenshaushalt planmäßig oder ggf. überplanmäßig. Sofern keine Deckung vorhanden ist wird empfohlen die Maßnahme in den Haushalt 2023 aufzunehmen.

Die Maßnahmen: Deggendorfer Frühling und Breitensport werden ebenfalls umgesetzt. Hierfür erfolgt die Finanzierung über den Verwaltungshaushalt.

TOP 6 Gegenstand:
BAB A 3 Nürnberg Passau: 6-streifiger Ausbau zwischen dem AK Deggendorf
und der AS Hengersberg; Stellungnahme der Stadt Deggendorf Im Rahmen des
Anhörungsverfahrens zur Planfeststellung

Herr Dr. Moser fragt ob es zur Stellungnahme, die Herr Busch erarbeitet hat, Wortmeldungen gibt?

Herr Stadtrat Tremml: grundsätzlich Thema, dass nur in mittelbarem Zusammenhang mit Stellungnahme steht / Problem in Ortsteilen rechts bzw. westlich des Autobahnkreuzes / starker Lärm vom Autobahnkreuz / in Fischerdorf und Natternberg-Siedlung / vor allem nachts / diffuses Lärmgemisch / extrem hoher Lärmpegel vom Autobahnkreuz in westliche Richtung / Problem wird durch Autobahnausbau nicht gelöst / Lärmschutzmaßnahmen bzw. -wände in östlicher Richtung des AK / Befürchtung, dass Problem in westlicher Richtung dadurch verstärkt wird / durch Schallreflexionen / Problem der Lärmabstrahlung in Richtung Westen soll mit in Stellungnahme aufgenommen werden / Prüfung und Lösung des Problems / Lösung wären Lärmschutzmaßnahmen am AK auch in westliche Richtung / eine Lärmschutzwand würde Lärmbelästigung vermindern / Bitte um Aufnahme in Stellungnahme – Herr Oberbürgermeister: kann mit aufgenommen werden.

Herr Stadtrat Heilmann-Tröster: nicht neu, dass 6-spuriger Ausbau für falsch gehalten wird / schon oft betont / Lärmschutz wird vorgeschoben / Lärmschutz erst wenn 6-spuriger Ausbau / umgekehrt wäre besser / Lärmschutz schon vor Ausbau / rechtlich möglich / freiwillige Leistung, die Bund nicht macht / Thema Flächenversiegelung in nicht unerheblichem Maß / Faktor Kosten / Kosten von 300 Millionen sind schon lange obsolet / Große Steigerung der Preise im Baugewerbe / schätzt Kosten auf 600 – 800 Millionen / merkwürdige Argumentation bezüglich Brücke in Deggenau / Argumentation: Brücke in Deggenau hätte Lebensende erreicht und muss neu gemacht werden / war bei Veranstaltung mit MdB Erndl in Hengersberg / Nachfrage ob 47 Jahre alte Brücke wirklich abgerissen werden muss / Sanierung wäre laut Antwort möglich, jedoch nicht bei 6-spurigem Ausbau / Tragkraft zu gering / Bei vier Spuren könnte man Brücke sanieren / Sanierung viel günstiger als Neubau / Bundesamt für Straßenwesen schätzt Lebensdauer von Stahlbetonbrücken auf 80 – 100 Jahre / Brücke ist 47 Jahre alt / Aufzählung von mehreren älteren Brücken / Notwendigkeit zum Brückenabriss ist ein Gerücht / Stadt äußert sich im Planfeststellungsverfahren positiv / es wird etwas negativer gesehen und deshalb dagegen gestimmt.

Herr Stadtrat Stallinger: andere Sichtweise als Heilmann / A3 ist Lebensader / tägliche Verkehrsbelastung von fast 60.000 Einheiten / zwei Vollsperrungen der Autobahn in den letzten 14 Tagen / einmal wegen Gefahrguttransporter am Parkplatz Isarmündung / großes Verkehrschaos für LKW's / Deggendorf war wie abgeschnitten / lange Staus / A3 ist Lebensader / keine Diskussion darüber möglich / Brücke sollte bei Erweiterung erneuert werden / hohe Kosten für Brückenbauteil / Kosten können nicht abgeschätzt werden / schlauere Leute machen sich Gedanken / begrüßen die Stellungnahme / durch nordseitliche Lärmschutzwände i. H. v. drei Meter wird die Lärmausbreitung in der Deggenau

(Hangbebauung, Kindergarten, etc.) verbessert / im Gebiet Isarblick bricht sich Schall an der Giebelmauer vom Nachbarn / Gefühl als stünde man neben Autobahn / gleiche Situation in Oberdorf, Seebach, Deggenau / 83 Wohngebäude, die zu schützen sind / Beschlussvorlage weist besseren Schutz der Anlieger aus.

Herr Stadtrat Linsmaier: Ausbau A3 ist zwingend nötig / Entwicklung der PKW- und LKW-Zahlen / Lärmschutz wird verbessert / zwei gute Gründe um für Ausbau zu kämpfen und zu arbeiten / Glaskugel von Herrn Heilmann über Lebensdauer von Brücken und Kosten / eigene Veranstaltung der CSU zum Thema mit betroffenen Personen / Schwerlastverkehr auf A3 mehr als auf anderen Autobahnen / kein Brückenfachmann / Brücke wird nicht ewig halten / ob 15 oder 20 Jahre ist nicht entscheidend / zwei Anregungen / erstens Thema Verkehrsleitsystem / dringend notwendig / bei Beginn der Baumaßnahme und evtl. dauerhaft / von Metten aus / digitales, intelligentes Verkehrsleitsystem / wenn nicht vorhanden wird Deggendorf während Bauphase verkehrstechnisch schwer zu leiden haben / zweitens Thema LKW-Stellplätze / Platzbedarf gegeben / Stellplätze reichen nicht aus / schon viele gebaut aber hier in Region schwierig / Folge ist, dass LKWs irgendwo abgestellt werden um Ruhezeiten einhalten zu können / soll konkretisiert und mitaufgenommen werden / Thema vor zwei – drei Jahren schon mal eingebracht / Diskussion über LKW-Durchfahrtsverbot in Deggendorf / wenn in Metten runter und in Hengersberg rauffahren ist Hengersberger Str. überlastet / dies soll schon jetzt im Verfahren verhindert werden / durch gute Systeme oder LKW-Durchfahrtsverbot.

Herr Stadtrat Schraufstetter: Ausbau wird dringend gebraucht / Leidtragende sind die Hilfseinheiten / mittlerweile mehrmals täglich Einsatz auf der Autobahn / fast schon 4-spuriger Ausbau benötigt / Brücke könnte vielleicht schon stehen bleiben / aber in zehn Jahren dann wieder Autobahnsperrung wegen Brückenbauarbeiten / Widerlager und Seilbespannung in Brücke sind kaputt / in einigen Jahren ist Brückenerneuerung unumgänglich / Brückeneinstürze passieren / in Brücke wackelt und vibriert alles / Ausbau lieber morgen als 2025.

Herr Stadtrat Bergs: Argumentation, dass Brücke für LKW gebraucht wird ist unverständlich / Medien betrachten / Problematik wird gesehen / Ausbau auf vier oder fünf Spuren nur für LKW / Bahnverkehr wird außer Acht gelassen / in 30-50 Jahren große Probleme, da die Umwelt kaputt geht / z.B. auch wegen LKW Verkehr / Kinder und Enkel fragen warum z.B. Bahn nicht ausgebaut wurde / Bahn wurde seit Jahrzehnten nicht ausgebaut / weil es CSU-Verkehrsminister waren / Autoindustrie mehr Gewicht beigemessen als Bahn / früher war die Bahn pünktlich / jetzt ist sie kaputt / Trinkwasser wird in 30-40 Jahren ein Problem sein / ist aktuell auch schon ein Problem.

Herr Stadtrat Mühlbauer: wird gegen den Antrag stimmen / Herr Schraufstetter und andere Kollegen haben recht / Verhältnismäßigkeit aber nicht gegeben / zu hohe Kosten für 10,7 km / Zitat Aussage Hr. Pritscher in der PNP „20% Verkehrsaufkommen zwischen AK Deggendorf und Hengersberg / 11.700 Fahrzeuge täglich / man macht Ausbau der 10,7 km nur für diese Fahrzeuge / ständig Einsätze auf A3 / sehr viele Unfälle mit LKWs / Berufskraftfahrer haben auf Überholspur nichts verloren / generelles Überholverbot nötig, wenn Strecke so gefährlich / liegt nicht beim Stadtrat / massive Entschärfung der Strecke durch Überholverbot /

gelegentlich werden Überholverbotschilder umgedreht / manchmal ist Überholverbot und manchmal nicht / wenn Überholverbot herrscht fahren alle LKW auf der rechten Spur / viel weniger Unfälle mit LKW bei Überholverbot / keine Unfälle durch LKW die auf Stauende auffahren / Überholverbot großer Faktor / Verhältnismäßigkeit nicht gegeben / es wird dagegen gestimmt.

Herr Stadtrat Pammer: bittet um Abstimmung nach den Fakten und nicht nach ideologischen Gründen / Kollege Bergs hat beim Bahnverkehr etwas vergessen / wo sind Bahnstrecken und Wagons die noch LKW aufnehmen? / diese sind nicht mehr vorhanden / Donauausbau wäre auch eine Möglichkeit gewesen / von der Straße auf das Wasser / ehemaliger stellvertretender Chef der VPI / jede Woche Schwertransporte die einseitig über Donaubrücke fahren mussten / Donaubrücke dann halbseitig gesperrt / Last sonst zu hoch / Brücke nicht für 40 Tonner konstruiert / Bei Schwerverkehr von Metten nach Passau muss Verkehr von Passau nach Metten aufgehalten werden / in umgekehrte Richtung das Gleiche / in heutiger Zeit nicht mehr zeitgemäß / leistungsfähige Brücke und Autobahn wird benötigt / Erfahrung zeigt, dass 3-spurige Autobahn verkehrstechnisch sicherer ist als 2-spurige.

Herr Stadtrat Bergs: Schwerlastverkehr ist genau das Problem / sollte über Bahn abgewickelt werden / Strecke von Regensburg nach Passau beispielsweise / Möglichkeit zum Transport über Güterwaggons muss gegeben sein / aber es wird nicht gemacht

Herr Oberbürgermeister: Problem wird nicht mehr aufgelöst werden / primär geht es um Stellungnahme der Stadt Deggendorf.

Der Vorsitzende lässt mit den vorgeschlagenen Änderungen von Herrn Stadtrat Tremml bzgl. Lärmschutz und Herrn Stadtrat Linsmaier zum Thema LKW Stellplätze und Verkehrsleitsystem abstimmen.

Abstimmungsergebnis: abweichend vom Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: 26

Nein-Stimmen: 8

Gesamt: 34

Seitens der Stadt Deggendorf besteht Einverständnis mit den im Planfeststellungsverfahren vorgelegten Planungen zum 6-streifigen Ausbau der BAB A 3 Nürnberg Passau: zwischen dem AK Deggendorf und der AS Hengersberg.

In der Stellungnahme der Stadt sollen folgende Anliegen ergänzt werden:

- *Errichtung eines Lärmschutzes für die westlich vom Autobahnkreuz gelegene Wohnbebauung*
- *Errichtung eines Verkehrsleitsystems spätestens bis zum Beginn der Baumaßnahme*
- *Ausbau von Lkw-Stellplätzen*

TOP 7 Gegenstand:
Energieeinsparplan jetzt;
Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom
17.06.2022

Der Vorsitzende leitet das Thema Energieeinsparplan ein und bittet auch aus Verwaltungssicht um Zustimmung, sieht dies als Ergänzung, in den letzten Wochen wurde hierfür schon viel in Bewegung gesetzt.

Herr Stadtrat Heilmann-Tröster: dankbar, dass der Punkt in der heutigen Sitzung gleich behandelt wird / Ereignisse schreiten voran / zwei Tage nach Antrag war gleich die Gas-Notfall-Geschichte / bei Schulen, Fuhrpark, Liegenschaften solle man auch bedenken, wo man Energie einsparen kann / findet es gut, dass die Verwaltung an der Sache dran ist – Herr Oberbürgermeister: Antrag ist ein „Mehr“ zum normalen Klimaschutzkonzept / Verwaltung unterbreitet Vorschläge / grundsätzlich Energie einsparen, aber in nächsten Monaten vor allem auch Gas einsparen / Ausarbeitungen für einzelne Aspekte werden gerade erstellt / gemeinsam mit Gremium soll dann entschieden werden / alles einzelne Projekte, egal ob Schule, Elypso, Eisstadion, usw. / Fakt ist, man steuert auf Notsituation hin / Bundesnetzagentur vermutet auch Stufe 3 / Gas in großen Mengen einsparen, ist gut / ähnlich in Straubing beispielsweise / man müsse viel diskutieren.

Herr Stadtrat Ortman: Maßnahmen benötigt man, Gas geht früher oder später aus / man könne ruhig große Sachen wagen / Isar 2 kann problemlos bis Sommer 2023 laufen / als Oberbürgermeister gleich Herrn Söder beispielsweise in seinem Vorhaben unterstützen / Brennstäbe beispielsweise jetzt schon bestellen – Herr Oberbürgermeister: grundsätzlich Entscheidung der Bundesregierung / schwierig nachvollziehbar die Argumentationen von der Regierung, beispielsweise Kohle zu verbrennen, um Strom herzustellen – Herr Stadtrat Ortman: es ist leichter von unten nach oben zu unterstützen, als umgekehrt – Herr Oberbürgermeister: jetzt Stufe 2 ausgerufen / zunächst prüfen, welche eigenen Maßnahmen ergriffen werden können und diese dann auch an Bürger kommunizieren.

Abstimmungsergebnis: laut Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: 33

Nein-Stimmen: 1

Gesamt: 34

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich einen konkreten Energieeinsparplan zu entwickeln, ihn im zuständigen Gremium vorzustellen und an die Bürgerinnen und Bürger zu kommunizieren.

TOP 8 Gegenstand:
 Anfragen

Keine

Deggendorf, 13.07.2022

STADT DEGGENDORF

Dr. Christian Moser
Oberbürgermeister

Stefanie Fink
Schriftführerin